

01.01.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

03.01.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2351) vom 15. März 2019

03.01.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2351) vom 15. März 2019

04.01.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §242 StGB (Diebstahl) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2351) vom 15. März 2019

04.01.2019 / Gräfenhainichen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 06. August 2019

04.01.2019 / Gräfenhainichen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

04.01.2019 / Gräfenhainichen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

05.01.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2351) vom 15. März 2019

07.01.2019 / Dessau-Roßlau (OT Ziebigk)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2351) vom 15. März 2019

09.01.2019 / Bad Schmiedeberg (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2351) vom 15. März 2019

12.01.2019 / Dessau-Roßlau (OT Kochstedt)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, kam es gegen 02.50 Uhr zu einem Zwischenfall auf dem Heideplatz in Dessau-Kochstedt. Demnach sucht die Polizei nach Zeugen, die vor Ort einen weißen Transporter beobachtet haben könnten. Die mutmaßlichen Täter hätten indes nach dem Aussteigen aus dem Fahrzeug u. a. rechtsextreme und verfassungsfeindliche Parolen skandiert. Außerdem drangen sie in die kleine Sparkassenfiliale ein. Dort wurden der Auszugsdrucker aus der Verankerung gerissen, Flyer herumgeworfen und ein Hängerahmen beschädigt. Die Polizei geht nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen von sechs bis neun tatverdächtigen Personen aus.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 18. Januar 2019

16.01.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 185 StGB (Gemeinschädliche Sachbeschädigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

16.01.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

18.01.2019 / Stadt Südliches Anhalt (OT Weißandt-Görlau)

Laut MZ geht die Debatte um den Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Weißandt-Görlau, David E., weiter. Die Personalie E. beschäftigt die Gremien im Südlichen Anhalt seit Jahren. Im Jahr 2016 wurde dem Mann vorgeworfen, bei einer Dienstreise den Hitlergruß gezeigt zu haben – auch 2015 wurden schon einmal Vorwürfe gegen ihn laut. Der damalige Bürgermeister schloss ihn daraufhin aus der Feuerwehr aus und zeigte E. bei der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau an. Diese stellte das Verfahren wegen der Verwendung von Symbolen verfassungsfeindlicher Symbole aber ein. Da E. mittels Stadtratsbeschluss wieder als Ehrenbeamter bei der Feuerwehr fungierte, müsste dass 2017 zwischenzeitlich eingestellte kommunale Disziplinarverfahren eigentlich wieder aufgenommen werden ([mehr dazu hier...](#)).

Nun ist ein brisantes Foto aufgetaucht (liegt der MZ-Redaktion vor), dass E. in der fraglichen Pose zeigt: den rechten Arm in Richtung Zimmerdecke ausgestreckt, dazu ein breites Lächeln im Gesicht. Entstanden ist es dem Vernehmen nach in einer Garage, rings um den Görlauer scheinen noch andere Menschen zu sitzen, man sieht ihre Beine.

Ob die Staatsanwaltschaft von diesem Foto wusste, ist bislang unklar. Außerdem, so in dem Artikel weiter, müsse laut Staatsanwaltschaft geprüft werden, ob das mutmaßliche Zeigen des Hitlergrußes in einer Garage überhaupt das Öffentlichkeitsprinzip erfülle. Nur dann wäre es im Sinne einer strafbewehrten Handlung überhaupt justiziabel.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 18. Januar 2019; eigener Bericht

20.01.2019 / Raguhn-Jeßnitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, sorgt ein Facebook-Posting des AfD-Landtagsabgeordneten Daniel Roi für Aufsehen. Der AfD-Politiker aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld hatte demnach mehrere Fotos von einer AfD „Neujahrsdemo“ in Raguhn-Jeßnitz hochgeladen, an der ca. 50 Menschen teilnahmen. Auf einem dieser Fotos war indes ein Mann zu sehen, der auf seiner Weste einen Rückenaufnäher mit der Aufschrift „Brigade 8“ trug. Dabei handelt es sich um einen neonazistischen Personenzusammenschluss, den die Verfassungsschutzämter in Bremen und Schleswig-Holstein als antisemitisch und menschenverachtend einstuft. Kritik an der Teilnahme eines offensichtlichen Neonazis an der AfD-Demo kam im vorliegenden Fall von der „Junge Gruppen - CDU Anhalt-Bitterfeld“. Die AfD demonstrierte „jetzt schon offen mit dem Neonazi“. Bereits im September letzten Jahres hatte eine undifferenzierte Nähe der AfD zu Neonazikadern bei Demonstrationen für Empörung gesorgt ([mehr dazu hier...](#)).

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 22. Januar 2019; eigener Bericht

20.01.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)

Rund 150 Neonazis aus dem militanten Kameradschaftsspektrum, darunter Aktivisten der neonazistischen Kleinstpartei DIE RECHTE, sowie Rechtsextremisten aus der Region, Magdeburg, dem Jerichower Land und Niedersachsen marschieren im Ortsteil Roßlau auf, wobei die Stimmung hochaggressiv ist. Am Rande der Demo wird zudem eine 14-Jährige angegriffen, weil sie ein T-Shirt mit der Aufschrift „FCK NZS“ trug. Die Jugendliche wurde von einem schwarz gekleideten Mann zu Boden geworfen und dabei leicht verletzt. Eine Strafanzeige wurde erstattet.





Die bekannte Neonaziaktivistin Jenny S. aus dem benachbarten Köthen ([mehr dazu hier...](#)) bezeichnet diese Attacke in einem Redebeitrag später als gerechtfertigt und dass es „richtig“ gewesen sei, der „Dreckszecke“ vor „den Kopf zu geben“. Als weitere Redner traten u. a. der bekannte extrem rechte Kader Dieter Riefling aus Hildesheim und der Dessauer Neonazi Rene D. Anlass des rechten Aufmarschs war indes ein Angriff von bislang unbekanntem vermummten Tätern, die am Tag zuvor eine Gruppe hiesiger Neonazis am Bahnhof Roßlau attackiert hatten. Drei der Angegriffenen sollen erheblich verletzt und in ein Krankenhaus eingeliefert worden sein. Die Polizei ermittelt wegen schwerer Körperverletzung. Rechte Gruppen machten daraus einen versuchten Mord und solidarisierten sich mit ihren Kameraden.

Nur eine Woche später fand im Ortsteil Roßlau ein neonazistischer Fackelmarsch mit 40 Teilnehmenden statt ([mehr dazu hier...](#)).

Quellen: Presseservice Rathenow; eigener Bericht

21.01.2019 / Wittenberg



Nach Gegenpart-Informationen hat der Kreisverband Wittenberg der rechtsextremen NPD in der Lutherstadt in örtlichen Briefkästen Printexemplare der „Deutschen Stimme“ verteilt. Dieses Periodikum ist das zentrale Verlautbarungsorgan der NPD. In Wittenberg kommt es immer wieder zu Propagandaaktionen der rechtsextremen Partei.

Quelle: eigener Bericht

22.01.2019 / Dessau-Roßlau (OT Alten)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2351) vom 15. März 2019

26.01.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)

Erneut kommt es im Ortsteil Roßlau zu einer neonazistischen Versammlung von zum Teil massiv vermummten Aktivisten. Ca. 40 extrem rechte Teilnehmende aus der Region, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, trafen sich unter dem Motto „Solidarität für die Opfer des 19.01.19 – Wir vergessen Euch nicht“ am Bahnhof.





Der angekündigte Fackelmarch fiel kürzer als geplant aus – wohl auch weil wesentlich weniger Neonazis angereist waren als erwartet. Der Hauptredner, seines Zeichens der bekannte Nazikader Dieter Riefling aus Hildesheim, verkündete indes eine Art Kopfgeld. Die Neonazis lobten demnach eine Belohnung für „Hinweise die zur Ergreifung der Täter führen“ aus. Während die zuständige Polizeidienststelle nach wie vor wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt, ist die Tat vom 19. Januar 2019 für die Nazis ein „versuchter Mord“.

Bereits eine Woche zuvor fand in Roßlau eine Demonstration mit 150 Neonazis statt ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: Presseservice Rathenow; eigener Bericht

27.01.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

27.01.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

27.01.2019 / Landkreis Wittenberg

Ausgerechnet am internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus geht das neonazistische Profil „Nationaler Aufbruch Wittenberg“ (NAW) online. Schon das Logo der vorwiegend virtuell aktiven Gruppierung erinnert an die Ästhetik des historischen Nationalsozialismus. In den folgenden Monaten entwickelt sich diese Plattform zu einem zentralen Verlautbarungsort der regionalen Neonaziszene. So werden Demonstrationsberichte ebenso veröffentlicht, wie Aufrufe zu neonazistischen „Sonnenwendfeiern“ oder Ankündigungen zu rechtsextrem dominierten „Free Fight“-Veranstaltungen. Bis Mitte des Jahres kann die Seite immerhin über 700 „gefällt mir“ – Angaben auf sich vereinigen.

Quelle: eigener Bericht

28.01.2019 / Dessau-Roßlau (OT Alten)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

28.01.2019 / Bitterfeld-Wolfen

Die Polizei teilte laut Mitteldeutsche Zeitung mit, dass sie einen 43-Jährigen in Gewahrsam genommen hat. Der polnische Staatsbürger soll gegen 16.15 Uhr in einem IC auf der Strecke von Magdeburg nach Halle randaliert, Reisende bespuckt, beleidigt und „Sieg Heil“ gerufen

haben. Später am Tag wurde ihm u. a. vorgeworfen, einen Zugbegleiter mehrfach ins Gesicht gespuckt, in dessen Unterleib getreten und ihn angesprungen zu haben. Dem Tatverdächtigen erwarten nun mehrere Strafanzeigen wegen des Erschleichens von Leistungen, des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, wegen des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigung, Beleidigung, Bedrohung, Körperverletzung und des Versuchs der gefährlichen Körperverletzung.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 30. Januar 2019

01.02.2019 / Wittenberg

Nach GegenPart-Informationen haben Aktivisten der extrem rechten Gruppierung „Nationaler Aufbruch Wittenberg“ (NAW) Flugschriften für einen Neonaziaufmarsch am 13. Februar 2019 im sächsischen Dresden in hiesigen Briefkästen verteilt. Alljährlich zum Jahrestag der Bombardierung dieser Stadt im 2. Weltkrieg versammeln sich dort Rechtsextremisten aller Couleur, um die Verbrechen des Nationalsozialismus zu leugnen und zu relativieren.

Auch in der Region Anhalt kommt es immer wieder zu umgesetzten oder tatsächlichen Aktionen mit einem positiven Bezug zu den Neonaziaktionen in Dresden ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

02.02.2019 / Dessau-Roßlau

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, wurden im Rahmen einer Designschau ausgestellte studentische Arbeiten mit Hakenkreuzen beschmiert. Diese maßen zwischen 5 und 30 Zentimeter und wurden mit Filzstift aufgetragen. Entdeckt wurden die verfassungsfeindlichen Symbole unmittelbar nach dem Tag der offenen Hochschultür an der Hochschule Anhalt (Standort Dessau). Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt. Es entstand ein Schaden in Höhe von 250 Euro.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 06. Februar 2019, Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

04.02.2019 / Gräfenhainichen

Nach GegenPart-Informationen haben Aktivisten der extrem rechten Gruppierung „GHC Crew“ Gräfenhainichen Flugschriften zur angeblichen Diebstahlprävention verteilt. Was zunächst wie Nachbarschaftshilfe aussieht, entpuppt sich beim näheren Hinsehen als Allmachtsfantasie im Sinne einer Bürgerwehr. Außerdem werden auf den Flugblättern rassistische Vorurteile geschürt.

Dieser neonazistische Personenzusammenschluss fällt immer wieder durch Propagandaaktion in der Heidestadt auf ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

06.02.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

06.02.2019 / Dessau-Roßlau (Stadtrat)

Zum wiederholten Male versucht die rechtsextreme NPD die Sitzung des Stadtrates für ihre Zwecke zu missbrauchen. Diesmal in Form eines zunächst „unverfänglichen“ Statements einer Bürgerin, die im Rahmen der Fragestunde zu Unterbringungskosten von Asylbewerber_innen nachhakt. Allerdings offenbart schon der Duktus der Nachfrage die flüchtlingsfeindliche Motivation. Die handlungsleitende Ideologie wird umso deutlicher, als der NPD Landesverband Sachsen-Anhalt auf seiner Homepage drei Wochen später ein Video der Situation im Stadtrat veröffentlicht und mit rassistisch konnotierten Texteinblendungen versieht. Im April 2019 schließlich greift die „Deutsche Stimme“ (DS) als zentrales Internet- und Printmedium der verfassungsfeindlichen NPD die Stadtratssitzung erneut auf und spricht in der Überschrift unter anderem von einem „Millionengrab Asyl“ im Zusammenhang mit der Stadt Dessau-Roßlau.

Der in der Region bekannte NPD-Aktivist Swen Behrendt versucht immer wieder, in einschlägig rechtsextremen Medienkanälen der NPD den Stadtrat verächtlich zu machen ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

07.02.2019 / Jessen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

08.02.2019 / Wittenberg

Einer Kunstgalerie in der Wittenberger Innenstadt werden die Scheiben eingeschmissen. Eine rechtsextrem motivierte Motivation muss deshalb als wahrscheinlich gelten, weil zum Zeitpunkt der Tat ein Plakataushang für eine Anti-Rechts-Aktion warb. Bereits in der Vergangenheit war die Galerie indes das Ziel von multiplen Sachbeschädigungen.

Quelle: eigener Bericht

08.02.2019 / Zerbst



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

09.02.2019 / Dessau-Roßlau

Laut Mitteldeutscher Zeitung haben bislang unbekannte Täter die Scheiben im Regionalbüro von Bündnis 90/Die Grünen mit einem Stein attackiert. Der Schaden wird auf etwa 500 Euro geschätzt. Da eins der dort gezeigten Plakate den Ausspruch „Nazis, nein danke“ zeigte, ist ein rechtsextremer Hintergrund nicht auszuschließen.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 10. Februar 2019; eigener Bericht

09.02.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 303 StGB (Sachbeschädigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 500 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

09.02.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

11.02.2019 / Jessen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 200 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

11.02.2019 / Stadt Südliches Anhalt (OT Weißandt-Görlau)

Der umstrittene Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Weißandt-Görlau, David E., ist zurückgetreten. Wie einem Bericht der Mitteldeutschen Zeitung zu entnehmen ist, sei der öffentliche Druck auf E. zu groß geworden. Gegen den Feuerwehrmann zog sich über Jahre u. a. ein Disziplinarverfahren hin. Anlass dafür war, dass er im Dienst den Hitlergruß gezeigt haben soll ([mehr dazu hier...](#)). Die staatsanwaltlichen Ermittlungen dazu wurden allerdings schon vor geraumer Zeit eingestellt.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 11. Februar 2019; eigener Bericht

12.02.2019 / Köthen

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, haben z. T. Mitglieder der bundesweit bekannten Familie R. im Tierpark der Stadt eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Unter Zeugen wurden diverse Tiere aus dem Park gestohlen. Außerdem wurden während der Tatbegehung Mitarbeitende der Einrichtung bedroht. So sei der Tierparkleiter u. a. mit den Worten „Schwuchtel, komm raus, ich bring dich um“ homophob und damit rechtsextrem motiviert beleidigt worden.

Die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt hat dem Geschädigten indes Unterstützung angeboten.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 13. Februar 2019; eigener Bericht

17.02.2019 / Kemberg (Landkreis Wittenberg)



Nach Erkenntnissen des Mobilen Beratungsteams führt die rechtsextreme NPD eine Aufstellungsveranstaltung für die Kandidaten der bevorstehenden Stadtratswahl in Kemberg durch. Im Zuge der Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 traten mehrere NPD-Kandidaten für verschiedene Stadtparlamente, Ortschaftsräte und den Kreistag im Landkreis Wittenberg an.

Quelle: eigener Bericht

19.02.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)) findet im Ortsteil Roßlau eine neonazistische Kundgebung bzw. Demonstration statt. Diesmal kamen rund 30 Neonazis zusammen und damit deutlich weniger als erwartet. Als Redner trat wiederholt der bundesweit bekannte Kader Dieter Riefling in Erscheinung.

Quelle: eigener Bericht

19.02.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Wolfen)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2414) vom 10. April 2019

25.02.2019 / Wittenberg (OT Pratau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

26.02.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

27.02.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

05.03.2019 / Schlaitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

07.03.2019 / Dessau-Roßlau

Im Rahmen einer illegalen Propagandaaktion haben handgezählte 9 Neonazis aus dem Umfeld der Gruppierung „Freie Nationalisten Dessau-Anhalt“ gegen 22.00 Uhr mit Hilfe einer mobilen Projektion (Smartphone) ein Banner an das Gebäude der Stiftung Bauhaus Dessau in der Gropiusallee geworfen. Das Bild hatte demnach einen inhaltlichen Bezug zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt im 2. Weltkrieg (07. März). Die Neonazis instrumentalisieren diesen Tag seit über einer Dekade mit Kundgebungen und Demonstrationen für ihre Zwecke, relativieren damit die nationalsozialistischen Verbrechen und verhöhnern die NS-Opfer. Anders als in den Jahren zuvor ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)) verzichteten die Rechtsextremisten jedoch auf eine eigene Kundgebung. Wohl auch, weil zahlreiche Akteur_innen, darunter das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE, der Kirchenkreis Dessau und die Stiftung Bauhaus, mit nicht-rechten Gedenkveranstaltungen dieses Thema demokratisch besetzen ([mehr dazu hier...](#)).

Nur eineinhalb Wochen später marschierten 90 Nazis anlässlich des Jahrestages dennoch durch die Doppelstadt ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

08.03.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

09.03.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)

Nach Erkenntnissen des Mobilien Beratungsteams (Projekt GegenPart) veranstaltet der bekannte Neonaziaktivist Alexander Weinert in seinem Szenetreff „Lager 77“ ([mehr dazu hier...](#)) in Roßlau ein Rechtsrock-Konzert mit dem rechtsextremen Liedermacher „Freilich Frei“ aus dem sächsischem Zwickau. An der extrem rechten Veranstaltung nehmen ca. 50 Neonazis, vorwiegend aus der Region Anhalt, teil. Am gleichen Tag zeigten über 1.000 Menschen unter dem Motto „Farben bekennen! – Ein Regenbogen für Demokratie und Weltoffenheit“ Gesicht für eine friedliche Stadt und folgten damit einem Aufruf des Netzwerks GELEBTE DEMOKRATIE ([mehr dazu hier...](#)).

Im neonazistischen Szenetreff „Lager 77“ finden immer wieder Rechtsrock-Konzerte und Infoveranstaltungen statt ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

10.03.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

10.03.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

11.03.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

11.03.2019 / Gräfenhainichen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

13.03.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

15.03.2019 / Dessau-Roßlau

Nach GegenPart-Informationen lud die extrem rechte Gruppierung „Freie Bürgerbewegung Deutschland/Dessau-Roßlau“ ([mehr dazu hier...](#)) um deren Führungspersonlichkeit Ingobert W. Andre Poggenburg zu einer Saalveranstaltung in die Stadt ein, an der mehrere Dutzend Menschen aus dem rechtsextremen und rechtsoffenen Spektrum teilnahmen. Nachdem der ehemalige AfD-Landesvorsitzende Poppenburg sich mit der Partei überworfen hat und schließlich austrat, versucht er nun mit dem „Aufbruch Deutscher Patrioten Mitteldeutschland“ (AdP) eine neue Partei im rechtsextremen Spektrum zu etablieren. Diese will u. a. zur anstehenden Landtagswahl im September 2019 in Sachsen antreten.

Quelle: eigener Bericht

16.03.2019 / Dessau-Roßlau (innerstädtisch Süd)

Während militante Neonazis Dessau-Roßlau, übrigens erstmals seit Jahren, am eigentlichen Jahrestag der Bombardierung der Stadt im 2. Weltkrieg (07. März) noch erspart bleiben ([mehr dazu hier...](#)), marschierten ca. 90 Rechtsextremisten aus der Region, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Sachsen weitgehend unbeachtet nun doch durch Dessau-Süd. Zur perfiden Inszenierung der Rechtsextremisten gehörten dabei u. a. lodernde Fackeln, die konzeptionell gewollt Assoziationen zu den Massenaufmärschen im 3. Reich weckten. Auf Transparenten wurde indes im kämpferisch-aggressiven Duktus "Kein Vergeben - Kein Vergessen" gefordert. Fast dreimal so viele Menschen zeigten auch an diesem Tag Flagge gegen Rechts und bildeten eine symbolische Menschenkette um das Bauhaus in der Gropiusallee ([mehr dazu hier...](#)).





Fotos: Recherchenetzwerk Berlin

Ursprünglich wollten die Nazis direkt am Bauhaus vorbeiziehen. Weil die Stiftung Bauhaus und das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE kurzfristig diese bunte Aktion vor das Weltkulturerbe verlegten, ließen die Ewiggestrigen wohl von diesem Vorhaben ab.

Quelle: eigener Bericht

18.03.2019 / Dessau-Roßlau (Innerstädtisch Mitte)

Laut MZ sind im Dessauer Stadtpark unweit des neuen Bauhausmuseums auf einem kleinen Tisch Nazi-Schmierereien aufgetaucht. Aufgefallen waren sie demnach einem aufmerksamen Leser der Mitteldeutschen Zeitung. Konkret handelt es sich dabei um zwei Hakenkreuze nebst dem Schriftzug „Hitler an die Macht“, aufgetragen mit einem Filzstift. Die Stadtverwaltung hat Strafanzeige erstattet und der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 18. März 2019

20.03.2019 / Köthen (Amtsgericht)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, wurde eine 25-Jährige Angeklagte aus der benachbarten Kleinstadt Aken (Landkreis Anhalt-Bitterfeld) zu einer Geldstrafe in Höhe von 600 Euro verurteilt und muss zusätzlich die Verfahrenskosten tragen. Das Gericht sah es demnach als erwiesen an, dass die junge Frau im Herbst 2018 auf einem öffentlich zugänglichen Facebook-Profil den Satz „Multikulti, das ist Völkermord!“ veröffentlichte und diesen Post zudem mit mehreren Hakenkreuzsymbolen versah. Damit war nach Auffassung der Richterin zumindest der Straftatbestand des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) als erfüllt zu betrachten.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 20. März 2019; eigener Bericht



22.03.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)

Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §303 StGB (Sachbeschädigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Es entstand ein Schaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

22.03.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §303 StGB (Sachbeschädigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Es entstand ein Schaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

22.03.2019 / Dessau-Roßlau (OT Siedlung)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

22.03.2019 / Zerbst



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2691) vom 30. Juli 2019

23.03.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

23.03.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

23.03.2019 / Wittenberg (OT Griebö)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 5000 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019 und (KA 7/2744) vom 06. August 2019

23.03.2019 / Schlaitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

24.03.2019 / Dessau-Roßlau (OT Ziebigk)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

26.03.2019 / Bad Schmiedeberg (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

27.03.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

27.03.2019 / Kemberg (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

29.03.2019 / Zerbst



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

30.03.2019 / Schlaitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Sachbeschädigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

30.03.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

02.04.2019 / Bad Schmiedeberg (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

03.04.2019 / Bitterfeld-Wolfen (Oberlandesgericht Naumburg)

Das Bündnis "Gemeinsam gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage Bitterfeld-Wolfen" hat vor dem Oberlandesgericht Naumburg einen juristischen Erfolg erzielt, das berichtete die Mitteldeutsche Zeitung. Zu einer Veranstaltung im Februar 2016 im Bitterfelder Rathaus wollte sich das Bündnis aufgrund einer rechtsextremen Gewaltstraftatserie über neonazistische Strukturen informieren und Gegenstrategien diskutieren. Um die Teilnehmenden zu schützen wurde dabei mit einer rechtsbewährten „Ausschlussklausel“ gearbeitet die es ermöglicht, Rechtsextremisten und Neonazis von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen auszuschließen.

Genau dies geschah dann auch, mit Verweis auf die Klausel verwehrten die Organisator_innen acht Personen aus dem rechtsextremen Spektrum ([mehr dazu hier...](#)) den Zugang zur Veranstaltung, darunter dem NPD-Kreistagsabgeordneten Andreas Köhler ([mehr dazu hier...](#)). Köhler und dessen Frau klagten gegen diesen Ausschluss. Das Landgericht Dessau-Roßlau gab dem Kläger im Februar 2018 zunächst recht mit der Begründung, die Ausschlussklausel sei zu unspezifisch und zudem vorher nur unzureichend kommuniziert worden. Das Oberlandesgericht Naumburg hat nun letztinstanzlich für die Beklagte entschieden, der Ausschluss war rechtlich geboten.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 03. April 2019; eigener Bericht

04.04.2019 / Wittenberg (Landgericht Dessau-Roßlau)

Der bereits lang andauernde und bundesweit beachtete Streit um eine antijüdische Schmähe-Plastik an der Stadtkirche Wittenberg geht nun vor Gericht, so berichtet es die Mitteldeutsche Zeitung. Das Relief aus dem Mittelalter zeigt einen Rabbiner, wie er einem Schwein unter den Schwanz schaut, und Juden, die an den Zitzen der Sau trinken. Schweine gelten im jüdischen Glauben als unrein. Ein Mann aus Bonn habe demnach ein zivilrechtliches Verfahren gegen die zuständige Kirchengemeinde angestrengt, weil er sich durch die Darstellung beleidigt fühle.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 03. April 2019; eigener Bericht

05.04.2019 / Südliches Anhalt (Gröbzig)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

05.04.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019 und (KA 7/2744) vom 06. August 2019

06.04.2019 / Dessau-Roßlau

Nach Erkenntnissen des Mobilen Beratungsteams (Projekt GegenPart) verteilen Sympathisanten der neonazistischen Kleinstpartei „Die Rechte“ in Dessau-Roßlau Infomaterialien in Briefkästen, vorwiegend in den Stadtteilen Innerstädtisch Mitte und Innerstädtisch Süd. Die Propagandaaktion steht dabei in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der bevorstehenden Europawahl. Die Aktivitäten dieser Partei haben in den letzten zwei bis drei Jahren in der Region zusehends abgenommen. Zuletzt sorgte „Die Rechte“ mit einem menschenverachtenden Wahlplakat im Vorfeld der Landtagswahlen 2016 für Empörung in Sachsen-Anhalt ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

06.04.2019 / Jeßnitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)

Die Polizei hat ein Konzert der bundesweit bekannten Neonazi- und Hooliganband „Kategorie C“ verhindert, das berichtete die Mitteldeutsche Zeitung. Auf einschlägigen Internetprofilen wurde demnach das geplante Rechtsrockkonzert im Vorfeld angekündigt, wobei der Veranstaltungsort kryptisch mit „Großraum Bitterfeld“ beworben wurde. Trotz dieser klandestinen Vorbereitung gelang es der Polizei schließlich den Auftrittsort zu lokalisieren. Der Pächter des Vereinsheims einer Gartensparte in Jeßnitz, wo die Band auftreten wollte, hatte sich hilfeschend an die Polizei gewandt. Offenbar wurde das Lokal von den Rechtsextremisten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen angemietet. Schließlich haben die Beamten für den Pächter das Hausrecht exekutiert und für die ca. 100 angereisten Neonazis ein Platzverbot ausgesprochen, noch bevor der erste Ton erklingen konnte.

Bereits im September 2018 ([mehr dazu hier...](#)) wurde indes ein geplantes „Kategorie C“-Konzert in der Region von den Behörden untersagt.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 07. April 2019; eigener Bericht

07.04.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

07.04.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

08.04.2019 / Wittenberg (world wide web)

Nach GegenPart-Recherchen teilt der hiesige Kreisverband der rechtsextremen NPD auf dem eigenen Facebook-Profil einen Videobeitrag des sogenannten „Volkslehrers“ mit dem Titel „Weg mit der Judensau!?!“. Hinter dem Macher eines einschlägigen You-Tube-Kanals verbirgt sich indes der Rechtsextremist und selbsternannte „Volkslehrer“ Nikolai N. aus Berlin. Provokative und hetzerische Auftritte, die gefilmt und über seinen YouTube-Kanal vermarktet werden, gehören zu seiner Strategie. Da er immer wieder von Deutschland als einem „besetzten Staat“ spricht, ist er auch der Gruppierung der „Reichsbürger“ zuzurechnen.

Bei dem in Rede stehenden Beitrag geht es inhaltlich um eine antisemitische Schmähschrift ([mehr dazu hier...](#)) an der Wittenberger Stadtkirche, die hinsichtlich einer möglichen Beleidigung zur Zeit vor dem Landgericht Dessau-Roßlau verhandelt wird.

Quelle: eigener Bericht

10.04.2019 / Wittenberg

Laut Mitteldeutscher Zeitung hat der Kulturausschuss des Wittenberger Stadtrates mit überwältigender Mehrheit beschlossen, das Flüchtlingsboot am Schwanenteich unverändert vor Ort zu belassen. Es soll nun als eine Art Mahnmal dem natürlichen Verfall überlassen werden. Das Boot, mit dem nachweislich Flüchtlinge nach Europa kamen, wurde 2017 als Exponat der Weltausstellung in der Lutherstadt aufgestellt. Am 10. November 2018 ([mehr dazu hier...](#)) wurde auf das Exponat ein Brandanschlag verübt, wobei die kompletten Aufbauten ein Opfer der Flammen wurden. Ein rechtsextremes Motiv der Tat ist dabei nicht auszuschließen. Bereits im Januar 2018 musste auf das "Denkmal der Menschlichkeit,

Konsequenz und Rechtsstaatlichkeit" ein Farbanschlag verzeichnet werden ([mehr dazu hier...](#)).

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 12. April 2019; eigener Bericht

12.04.2019 / Köthen (OT Arensdorf)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 06. August 2019

15.04.2019 / Dessau-Roßlau (world wide web)

Auf der Internetpräsenz der „Deutschen Stimme“, der zentralen Publikationsplattform der rechtsextremen NPD, erscheint ein reißerischer Artikel mit der Überschrift „Millionengrab Asyl: Fast 6 Millionen Unterbringungskosten in Dessau-Roßlau“. In dem Post wird mit einem rassistischen und flüchtlingsfeindlichen Unterton aus der Antwort einer Anfrage an die Verwaltung bzw. dem Stadtrat zitiert. Die Anfrage stellte dabei angeblich eine „besorgte Bürgerin“ wobei klar ist, dass es sich dabei um eine diskreditierende Inszenierung der NPD handelt. Verantwortlich dafür ist der NPD-Autor Swen Behrendt ([mehr dazu hier...](#)), der regelmäßig Berichte und Videomitschnitte aus dem Stadtrat Dessau-Roßlau oder dem Kreistag Anhalt-Bitterfeld auf NPD-Kanälen mit dem Ziel veröffentlicht ([mehr dazu hier...](#)), Vertreter_innen demokratischer Parteien bloßzustellen oder verächtlich zu machen.

Quelle: eigener Bericht

15.04.2019 / Wittenberg

Laut Mitteldeutscher Zeitung kam es innerhalb von eineinhalb Jahren bereits zum dritten Anschlag ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)) auf ein Flüchtlingsboot am Schwanenteich, das 2017 als Exponat der Weltausstellung in der Lutherstadt aufgestellt wurde. Demnach haben Mitarbeiter der Stadt bei Grünpflegearbeiten den neuerlichen Brandschaden entdeckt. Es handelt sich um eine etwa einen Quadratmeter große Verrußung. Die Polizei ermittelt wegen Sachbeschädigung, eine politische Motivation kann indes nicht ausgeschlossen werden.

Erst vor fünf Tagen hat der zuständige Kulturausschuss der Stadt beschlossen, dass Boot trotz der Beschädigungen durch die zwei vorherigen Anschläge als Mahnmahl so zu belassen wie es ist ([mehr dazu hier...](#)).

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 23. April 2019; eigener Bericht

16.04.2019 / Südliches Anhalt (OT Gröbzig)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 06. August 2019

17.04.2019 / Dessau-Roßlau (OT Alten)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 300 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

18.04.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

19.04.2019 / Gräfenhainichen (Landkreis Wittenberg)

Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Neonazistische Musikszene und Konzerte in Sachsen-Anhalt“ geht hervor, dass in Gräfenhainichen ein neonazistischer Liederabend stattfand. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3451) vom 28. Februar 2020

20.04.2019 / Coswig (OT Senst)

Laut Mitteldeutscher Zeitung hat die Polizei einen betrunkenen Fahrer aus Wittenberg gestellt, auf dessen Kleinbus mit Klebeband ein etwa ein Meter großes Hakenkreuz angebracht war. Gegen den 24-jährigen der zuletzt versuchte sich der Polizeikontrolle zu Fuß zu entziehen, wird nun u. a. ein Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Symbolen verfassungswidriger Organisationen eröffnet. Am 20. April feiern alljährlich Neonazis den Geburtstag von Adolf Hitler. Für das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus ist hier ein entsprechender Zusammenhang zumindest wahrscheinlich.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 22. April 2019; eigener Bericht

21.04.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

21.04.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

21.04.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

21.04.2019 / Sandersdorf-Brehna (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

22.04.2019 / Wittenberg

Wie die Mitteldeutscher Zeitung berichtete, wurde in Wittenberg auf einem Parkplatz an der Bastion ein mit einem etwa einen halben Meter großen Hakenkreuz beschmierter Hyundai-Transporter entdeckt. Der oder die Täter sind bislang unbekannt. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 22. April 2019

23.04.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2673) vom 24. Juli 2019

24.04.2019 / Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Die rechtsextreme NPD hat seit einigen Tagen damit begonnen, im öffentlichen Raum Plakate im Kontext der bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen anzubringen. Auf den Werbeträgern sind mehrheitlich Motive und Parolen abgebildet, die geflüchtete Menschen in rassistischer Manier stigmatisieren, Vorurteile verstärken und Ängste schüren. Die neonazistische NPD scheiterte zur Wahl am 26. Mai 2019 daran, ein Mandat im Europaparlament zu erringen. Zur Wahl des Kreistages Anhalt-Bitterfeld wird sie voraussichtlich kein Mandat erringen. In der letzten Wahlperiode war mit Andreas Köhler ([mehr dazu hier...](#)) in dem Gremium noch ein NPD-Mann vertreten.

Wahlplakate der NPD zur Europa- und Kommunalwahl 2019:











**Zukunft statt
Schulschließungen**

X **Wahltag
ist Zahltag!**

NPD
Die Nationalen

NPD SACHSEN-ANHALT









Quelle/ Fotos: eigener Bericht

24.04.2019 / Dessau-Roßlau

Die rechtsextreme NPD hat seit einigen Tagen damit begonnen, im öffentlichen Raum Plakate im Kontext der bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen anzubringen. Auf den Werbeträgern sind mehrheitlich Motive und Parolen abgebildet, die geflüchtete Menschen in rassistischer Manier stigmatisieren, Vorurteile verstärken und Ängste schüren. Die neonazistische NPD scheiterte zur Wahl am 26. Mai 2019 daran, ein Mandat im Europaparlament zu erringen. Zur Wahl des Stadtrates Dessau-Roßlau trat sie erst gar nicht an. Der bisherige NPD-Mandatsträger Marcel Kerner ([mehr dazu hier...](#)) konnte erneut einen Sitz im Roßlauer Ortschaftsrat erlangen.

Wahlplakate der NPD zur Europa- und Kommunalwahl 2019:











**Zukunft statt
Schulschließungen**

X **Wahltag
ist Zahltag!**

NPD
Die Nationalen

NPD SACHSEN-ANHALT









Quelle/ Fotos: eigener Bericht

24.04.2019 / Landkreis Wittenberg



Die rechtsextreme NPD hat seit einigen Tagen damit begonnen, im öffentlichen Raum Plakate im Kontext der bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen anzubringen. Auf den Werbeträgern sind mehrheitlich Motive und Parolen abgebildet, die geflüchtete Menschen in rassistischer Manier stigmatisieren, Vorurteile verstärken und Ängste schüren. Die neonazistische NPD scheiterte zur Wahl am 26. Mai 2019 daran, ein Mandat im Europaparlament zu erringen. Zur Wahl des Kreistages Wittenberg und des Ortschaftsrates Zschornewitz erlangte sie mit Veit Holscheider, seines Zeichens ein Aktivist aus der Neonaziszene ([mehr dazu hier...](#)), je ein Mandat. Auch in Gohrau sitzt mit Benjamin Focke nun ein NPD-Aktivist im Ortschaftsrat. Im Stadtrat Wittenberg verlor die NPD indes ihren bisherigen Sitz.

Quelle/ Fotos: eigener Bericht

24.04.2019 / Schlaitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

25.04.2019 / Jessen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 30 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

25.04.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 223 StGB (Körperverletzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2694) vom 30. Juli 2019

29.04.2019 / Aken (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

29.04.2019 / Wittenberg/ world wide web

Nach GegenPart-Informationen haben Aktivisten der extrem rechten Gruppierung „Nationaler Aufbruch Wittenberg“ (NAW) auf ihrem Facebook-Profil ein Post veröffentlicht, der sich nicht nur positiv auf den 01. Mai als von den historischen Nationalsozialisten zu Propagandazwecken eingeführten „Kampf- und Feiertag der Arbeit“ bezieht. Die Veröffentlichung ist zudem mit einer Fotocollage versehen, die unter der Überschrift „Finanzkapital zerschlagen“ ganz klar eine antisemitisch tradierte Verschwörungstheorie bedient. In der Collage ist indes ein stilisierter und zerknitterter Dollarschein zu erkennen in dessen Mitte sich das Konterfei von Angela Merkel befindet.

Der „Nationaler Aufbruch Wittenberg“ tritt indes immer wieder mit glorifizierenden Stellungnahmen zum historischen Nationalsozialismus in Erscheinung ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

29.04.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

01.05.2019 / Dessau-Roßlau/ world wide web

Auf einem öffentlich zugänglichen Facebook-Profil das sich in der Regel mit Ereignissen und Dokumenten aus der Stadtgeschichte Dessaus beschäftigt, werden völlig unreflektiert Postkarten und andere Abbildungen gepostet, die den 01. Mai in der Zeit des historischen Nationalsozialismus thematisieren. Dieses Datum wurde als Kampf- und Feiertag bekanntlich aus Propagandazwecken von den Nazis eingeführt. In den veröffentlichten Bildern sind u. a. auch Hakenkreuzsymbole zu sehen. Mit einer Art „Suchbild“ nach dem Motto „Wer findet den Fehler?“ wird auch eine verfälschte NS-Postkarte anlässlich des 01. Mai 1934 hochgeladen, die neben einem stilisierten Arbeiter mit Hammer in der Hand auch Hakenkreuzfahnen und Schornsteine im Hintergrund zeigt. Die Verfälschung besteht indes darin, dass das Datum 01. Mai 1934 auf der Briefmarke durch das Datum 01. Mai 2019 ausgetauscht wurde. In der Folge wendet sich ein Beratungsnehmer an das MBT Anhalt mit der Frage, ob diese bearbeitete Abbildung nicht den Straftatbestand des Verwendens von Symbolen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) erfüllen könnte, weil es sich bei der veröffentlichten Version eben nicht mehr um ein historisches Zeitdokument handle.

Quelle: eigener Bericht

01.05.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

01.05.2019 / Köthen

Gegen eine Saalveranstaltung der rechtspopulistischen AfD im Köthener Schloss protestieren bis zu 40 Menschen im Schlosshof - zumeist linke Jugendliche. In diesem Szenario tauchen plötzlich und unvermittelt rund ca. 10 Neonazis aus dem militanten Kameradschaftsspektrum der Region auf, darunter die bekannten Aktivisten Philipp S., ([mehr dazu hier...](#)), Maik S. und Oliver F. . Die Gruppe bedroht die Gegendemonstrant_innen verbal und versucht diese einzuschüchtern. Später postet Philipp S. dazu noch ein martialisches Foto auf seinem einschlägigen Twitterkanal. Zum Glück kommt es nicht zu tätlichen Angriffen.

Quelle: eigener Bericht

02.05.2019 / Köthen (Landgericht Gera)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, hat vor dem Landgericht Gera ein Prozess gegen den ehemaligen NPD-Funktionär und Mitbegründer der neonazistischen Thügida-Bewegung, David Köckert, begonnen. Dem Neonazi wird indes neben anderen Anklagepunkten u. a. vorgeworfen, als Hauptredner auf einer Demonstration am 09. September 2018 in Köthen [\(mehr dazu hier...\)](#) Polizisten beleidigt zu haben, die er als „charakterlose Söldner“ bezeichnet haben soll.



David Köckert (vorn) am 09.09.2018 in Köthen; Foto: Presseservice Rathenow

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 02. Mai 2019; eigener Bericht

02.05.2019 / Zerbst



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

04.05.2019 / Köthen

Die Polizei sucht mit einem öffentlichen Aufruf Zeugen, die in der Nacht zum 04. Mai 2019 auf dem Köthener Bahnhof volksverhetzende und rassistische Beleidigungen wahrgenommen haben. Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, sollen demnach ein Dutzend Studenten aus Mexiko, Ägypten, Brasilien und dem europäischen Raum von zwei namentlich bekannten Tatverdächtigen aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld bepöbelt worden sein. Der genaue Wortlaut der Beleidigungen ist allerdings nicht bekannt.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 12. Mai 2019

04.05.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 1200 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

05.05.2019 / Schlaitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

05.05.2019 / Wittenberg



Nach Erkenntnissen des Mobilen Beratungsteams führt die rechtsextreme NPD eine Sitzung des Kreisverbandes durch. Thema ist dabei die bevorstehende Wahl (Kommunal und Europa).

Quelle: eigener Bericht

07.05.2019 / Wittenberg



Die Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt erwägt, rechtliche Schritte gegen den Landesverband der rechtsextremen NPD einzuleiten. Laut Mitteldeutscher Zeitung ist der Anlass dafür, dass die NPD auf Wahlplakaten zur bevorstehenden Kommunal- und Europawahl mit dem Konterfei Martin Luthers und dem Spruch „Ich würde NPD wählen – Ich könnte nicht anders“ wirbt ([mehr dazu hier...](#)). Demnach habe die NPD die Stiftung nicht um Erlaubnis gefragt, ob die Lutherabbildung die auf ein Cranach-Porträt aus dem Jahr 1528 zurückgeht, für Wahlkampfzwecke genutzt werden darf. Das Gemälde befindet sich demnach im Besitz der Stiftung. Bereits zur Bundestagswahl 2017 hatte die NPD dieses Plakat verwendet. Eine entsprechende Klage dazu wäre von der Stiftung zwar

vorbereitet, aber noch nicht eingereicht.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 07. Mai 2019; eigener Bericht

08.05.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

08.05.2019 / Landkreis Wittenberg

Aktivisten aus dem Umfeld des neonazistischen Personenzusammenschluss „Nationaler Aufbruch Wittenberg“ (NAW) veröffentlichen auf dem eigenen Facebook-Profil zahlreiche Fotos, die Huldigungen und Blumenniederlegungen an sogenannten Helden- und Kriegerdenkmälern im Landkreis zeigen. Das Datum 08. Mai ist dabei für diese Propagandaaktionen nicht zufällig gewählt. Am 08. Mai 1945 kapitulierte die verbrecherische deutsche Wehrmacht bedingungslos. Der 08. Mai ging später umgangssprachlich als „Tag der Befreiung“ in den politischen Diskurs und die geschichtliche Erzählung ein. Neonazis und Rechtsextremisten bezeichnen dieses Datum seit jeher als „Schande“ auch und vor allem, um sich positiv auf das NS-Terrorregime zu beziehen.

Bei den selbsinszenierten fotografischen Dokumentationen der NAW-Aktionen am 08.05.19 fällt indes auf, dass immer ein Schild mit der Aufschrift „Gegen den Befreiungsmythos“ dabei war. Auf diesem Schild ist das Kürzel „JN“ zu sehen, wobei „JN“ für „Junge Nationaldemokraten“ steht, die Jugendorganisation der rechtsextremen NPD. Der NAW macht immer wieder mit rechtsextremen Postings auf sich aufmerksam ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

09.05.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §303 StGB (Sachbeschädigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

09.05.2019 / Dessau-Roßlau (Justizgebäude)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

09.05.2019 / Köthen (Verhandlungssaal)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

13.05.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

13.05.2019 / Dessau-Roßlau (OT Ziebigk)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

15.05.2019 / Coswig (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

16.05.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2692) vom 30. Juli 2019

17.05.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 500 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

17.05.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

19.05.2019 / Köthen

Unter dem rassistischen Motto „Für Gerechtigkeit – Gegen die Kuscheljustiz mit Tottretern und Messermännern“ demonstrieren in der Köthener Innenstadt ca. 180 Menschen, darunter eine Vielzahl von Neonazis aus dem militanten Kameradschaftsspektrum, Anhänger und Funktionäre der rechtsextremen NPD und anderer extrem rechter Kleinstparteien und Gruppierungen. Die Teilnehmenden kamen dabei vorwiegend aus ganz Sachsen-Anhalt und dem benachbarten Sachsen, unter ihnen die bekannten Köthener Aktivisten Philipp S. ([mehr dazu hier...](#)) und Steffen Bösenner ([mehr dazu hier...](#)) sowie Sven Liebich aus Halle ([mehr dazu hier...](#)) und dem NPD-Mann Steffen Thiel ([mehr dazu hier...](#)).





Fotos: Presseservice Rathenow

Das Bündnis „Dessau nazifrei“ protestierte gegen diese rassistische Mobilisierung mit einer Gegendemo. Anlass des rechten Aufzuges war demnach ein Urteil des Landgerichts Dessau-Roßlau. Dieses hat rund 8 Monate nach dem Tod des herzkranken Kötheners Markus B. ([mehr dazu hier...](#)) die beiden Täter wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt. Dabei folgte das Gericht den Anträgen der Staatsanwaltschaft und verurteilte den 19-jährigen Angeklagten - auch wegen anderer Delikte - zu einem Jahr und acht Monaten Haft, seinen 17-jährigen Landsmann zu einem Jahr und fünf Monaten. Die Urteile sind inzwischen rechtskräftig, weil die entsprechenden Revisionen zurückgezogen wurden.

Im September 2018 sorgte die Tat nicht nur für bundesweites Aufsehen, sondern zog zahlreiche rechtsextreme und rechtsoffene Demonstrationen in der sachsen-anhaltinischen Kreisstadt nach sich ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

20.05.2019 / Kemberg (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

22.05.2019 / Schlaitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

23.05.2019 / Gräfenhainichen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 60 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

23.05.2019 / Pouch (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

23.05.2019 / Bad Schmiedeberg (OT Pretzsch)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

23.05.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)

Das Projekt GegenPart hat Strafanzeige gegen Unbekannt wegen des Anfangsverdachts der Volksverhetzung erstattet. Hintergrund ist dabei, dass das MBT Anhalt im Ortsteil Roßlau allein im Bereich Ziegelstraße und Mörickestraße weit über 200 rechtsextreme und neonazistische Sticks feststellen und fotografisch dokumentieren konnte. Neben Werbung

für die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestufte rechtsextreme NPD, sind auf den Aufklebermotiven zum Teil übelste rassistische Anspielungen und Verunglimpfungen zu sehen die überdies dazu geeignet sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden, weil hier ganze Bevölkerungsgruppen diskreditiert und verächtlich gemacht werden. Wegen der zeitlichen Nähe zur bevorstehenden Kommunalwahl, ist hier von einer gezielten Propagandakampagne auszugehen.

Im Ortsteil Roßlau kommt es immer wieder zu neonazistischen Propagandadelikten ([mehr dazu hier...](#)). Überdies betreibt mit Alexander Weinert, seines Zeichens eine der zentralen Führungspersonlichkeiten der regionalen Kameradschaftsstrukturen, den neonazistischen Szenetreffpunkt „Lager 77“ in Roßlau ([mehr dazu hier...](#)).









Quelle: eigener Bericht

23.05.2019 / Schlaitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

23.05.2019 / Zerbst



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

24.05.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 4000 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

24.05.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 240 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

24.05.2019 / Köthen (Landgericht Gera)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, hat das Landgericht Gera den ehemaligen NPD-Funktionär und Mitbegründer der neonazistischen Thügida-Bewegung, David Köckert, wegen Körperverletzung, unerlaubten Waffenbesitzes und der unerlaubten Löschung von Dateien sowie Beleidigung zu einer Geldstrafe von 230 Tagessätzen zu je 20 Euro verurteilt. Der Prozess begann demnach vor knapp 3 Wochen ([mehr dazu hier...](#)). Die Verurteilung wegen Beleidigung bezog sich dabei auf Äußerungen des Neonazis, die er als Hauptredner auf einer Demonstration am 09. September 2018 in Köthen ([mehr dazu hier...](#)) getätigt hatte. Die Kammer sah es demnach als erwiesen an, dass seine Bezeichnung für Polizisten als „charakterlose Söldner“ durchaus als ehrverletzend gemeint gewesen sei.



Foto: Presseservice Rathenow

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 26. Mai 2019; eigener Bericht

24.05.2019 / Köthen (Amtsgericht)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, wird der Prozess gegen drei Mitglieder der bundesweit (auch) als rechtsextrem und rassistisch bekannten Familie R. fortgesetzt. Die Staatsanwaltschaft wirft zwei Brüdern aus der Familie vor, einen Obdachlosen im Oktober bedroht zu haben, und ihm als er geflohen war, Tabak und Lebensmittel weggenommen zu haben. Beim zweiten Angriff vor den Treppen eines ehemaligen Gymnasiums sollen ihm die Brüder mehrmals ins Gesicht geschlagen haben. Die Nichte aus der Familie R. soll das mutmaßliche Opfer vier Mal getreten haben. Als schwierig erwies sich indes die Aussage des Geschädigten, der sich an das Geschehen nicht mehr erinnern konnte, obwohl er bei der polizeilichen Vernehmung zum Teil die mutmaßlichen Täter belastet hatte. Ein Polizeibeamter im Zeugenstand schätzte indes ein, dass das 43-Jährige Opfer sich sehr wohl an die Ereignisse erinnern könne jedoch keine Motivation habe, dies nun im Detail auszusagen. Die Hauptverhandlung wird im Juni 2019 fortgesetzt.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 24. Mai 2019

25.05.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

25.05.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

25.05.2019 / Wittenberg

Auf dem Facebook-Profil des neonazistischen Personenzusammenschluss „Nationaler Aufbruch Wittenberg“ (NAW) wird ein Post gesetzt, der das Engagement des Bündnisses „Wittenberg Weltoffen“ ([mehr dazu hier...](#)) verunglimpft. Dieses Netzwerk setzt sich in der Lutherstadt seit Jahren für ein friedliches und soziales Miteinander ein. Die Reichweite dieses extrem rechten Diskreditierungsversuches bleibt indes überschaubar, entfaltet mithin keinerlei öffentlich messbare Wirkung.

Quelle: eigener Bericht

26.05.2019 / Jeßnitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

27.05.2019 / Dessau-Roßlau



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

27.05.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Wolfen)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 20 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

28.05.2019 / Jessen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 08. August 2019

31.05.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

03.06.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

04.06.2019 / Dessau-Roßlau (Dessau West)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

04.06.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2848) vom 12. September 2019

05.06.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Wolfen)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

06.06.2019 / Köthen (Amtsgericht)

Vor einem Jahr nach einem tätlichen Angriff gegen Bauarbeiter hat der Prozess gegen zwei Mitglieder der bundesweit (auch) als rechtsextrem und rassistisch bekannten Familie R. begonnen. So erinnert sich einer der geschädigten Arbeiter vor Gericht als Zeuge daran, dass er am 01. Juni 2018 gerade die Anweisungen von seinem Bauleiter bekommen habe, als die beiden Angeklagten auf ihm zugekommen seien. Als die Bauarbeiter den beiden Brüdern deutlich machten, dass sie beginnen werden, wurden sie nach Angaben des Zeugen tätlich attackiert: mit Schlägen gegen den Brustkorb und Tritten in den Hintern. Daraufhin wären die Arbeiten abgebrochen worden und die Geschädigten hätten die Baustelle in der Augustenstraße 63 verlassen. Die multiplen Anklagepunkte, genau 14 an der Zahl, werden indes in einem Verfahren verhandelt. Die Palette reicht vom Zeigen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, dieses Delikt wird dem jüngeren Bruder am Rande einer Demonstration am 16. September 2018 ([mehr dazu hier...](#)) vorgeworfen, über fünf Körperverletzungsdelikte, diverse Alkoholfahrten mit Auto, Moped und Fahrrad, zwei Bedrohungen und weiteres.

Die tatverdächtigen Brüder wurden demnach nebst ihrer Nichte nur wenige Tage später zu Haftstrafen verurteilt.

Diese Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 06. Juni 2019

07.06.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §223 StGB (Körperverletzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2848) vom 12. September 2019

07.06.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 06. August 2019

07.06.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 06. August 2019

08.06.2019 / Coswig (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 06. August 2019

09.06.2019 / Köthen (Amtsgericht)

Drei Mitglieder der bundesweit (auch) als rechtsextrem und rassistisch bekannten Familie R. ([mehr dazu hier...](#)) wurden zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt. Der ältere der beiden Brüder erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten, der jüngere muss für zwei Jahre ins Gefängnis. Ihre Nichte erhielt eine Jugendstrafe von zehn Monaten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten im Oktober und November 2018 einen Obdachlosen angegriffen haben. Bei dem Angriff im November sollen die Täter mit einem Komplizen den Obdachlosen nicht nur ausgeraubt, sondern auch mehrfach geschlagen und getreten haben. Der Staatsanwalt warf den Brüdern vor, den Obdachlosen beim zweiten Angriff vor den Treppen eines ehemaligen Gymnasiums mehrmals ins Gesicht geschlagen zu haben, bevor der ältere Bruder die Treppe herunterstürzte und sich das Nasenbein brach.

Die Gebrüder R. waren zum Tatzeitpunkt nur auf Bewährung auf freiem Fuß. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 11. Juni 2019

09.06.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)

Nach Erkenntnissen des Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (Projekt GegenPart) nahmen ca. 120 Menschen an einer Spontandemonstration unter dem Motto „Schützt unsere Kinder!“ teil. Unter den Aufzugsteilnehmenden konnten bis zu 50 Neonazis aus dem militanten Kameradschaftsspektrum der Region, darunter Aktivisten der Gruppierungen „Nationaler Aufbruch Wittenberg“, „NS-Crew GHC“ und „Freie Nationalisten Dessau-Anhalt“, festgestellt werden. Neben einem Transparent mit der Aufschrift „Härtere Strafen für kriminelle Ausländer“, wurden indes auch so genannte Reichskriegsfahnen mitgeführt. Anlass des Aufzuges war ein schwerwiegender sexueller Übergriff auf ein neunjähriges Mädchen am gleichen Tag. Der Polizei gelang es schnell, einen Tatverdächtigen aus dem Niger festzunehmen. Neonazis instrumentalisierten dieses Verbrechen, wie eine Woche später erneut mit einer weiteren Demonstration für ihre rassistische Politikagenda.

Quelle: eigener Bericht

09.06.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

09.06.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

10.06.2019 / Oranienbaum-Wörlitz (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

13.06.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2737) vom 06. August 2019

14.06.2019 / Bad Schmiedeberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §223 StGB (Körperverletzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2736) vom 06. August 2019

14.06.2019 / Schlaitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

14.06.2019 / Südliches Anhalt (OT Trebbichau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

14.06.2019 / Südliches Anhalt (OT Trebbichau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

14.06.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

15.06.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)

Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche ([mehr dazu hier...](#)) marschieren Neonazis aus dem militanten Kameradschaftsspektrum und Anhänger der NPD durch Roßlau. Anlass des braunen Spuks war ein schwerwiegender sexueller Übergriff auf ein neunjähriges Mädchen am 09. Juni 2019. Der Polizei gelang es noch am gleichen Tag, einen Tatverdächtigen aus

dem Niger festzunehmen. Die rund 100 Teilnehmenden folgten dabei den auf einschlägigen Portalen und Profilen geposteten Aufruf „Schützt unsere Kinder!!! Härtere Strafen für kriminelle Ausländer!!! Bürger auf die Straße für eine sichere Zukunft!!!“ und skandierten zudem neonazistische Parolen wie „Todesstrafe für Kinderschänder“, „Kriminelle Ausländer raus“ oder „frei, sozial und national“.



Am Ort der Tat fand eine Zwischenkundgebung statt, die der bundesweit bekannte Neonaziaktivist Dieter Riefling ([mehr dazu hier...](#)) dafür nutzte, den Nationalsozialismus zu relativieren und geflüchtete Menschen und Asylsuchende zum Werk „finsterer Mächte der amerikanischen Ostküste“ zu erklären, einem antisemitischen Code für das angeblich von Juden dominierte internationale Finanzsystem.



Am Rande dieser Zwischenkundgebung kam es zu einem Übergriff auf eine Journalistin, der das Telefon aus der Hand geschlagen wurde. Die anwesenden Polizeibeamt_innen konnten diese brenzlige Situation schnell wieder beruhigen.

Quelle: eigener Bericht; Fotos: Recherchenetzwerk Berlin

15.06.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §223 StGB (Körperverletzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2848) vom 12. September 2019

15.06.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §223 StGB (Körperverletzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2848) vom 12. September 2019

15.06.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

19.06.2019 / Görzig (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

19.06.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)

Unter dem Motto „Für die Opfer linker Gewalt!!! Wir vergessen Euch nicht!!!“ haben im Bereich der Zerbster Brücke 18 militante Neonazis aus der Kameradschaftsszene eine Kundgebung durchgeführt. Unter den Teilnehmenden konnte demnach u. a. Alexander Weinert ([mehr dazu hier...](#)), seines Zeichens die zentrale Figur der hiesigen Nazistrukturen

und Betreiber eines Szenetreffs, sowie dessen Bruder Christian W. ([mehr dazu hier...](#)) ausgemacht werden.



Hintergrund der versammlungsrechtlichen Aktion war indes ein Angriff von bislang unbekanntem verummten Tätern, die am 19. Januar 2019 eine Gruppe hiesiger Neonazis am Bahnhof Roßlau attackiert hatten. Die Polizei ermittelt wegen schwerer Körperverletzung. Rechte Gruppen machten daraus einen versuchten Mord und solidarisierten sich mit ihren Kameraden.

Aus diesem Anlass fanden in diesem Jahr bereits zwei extrem rechte Demonstrationen in Roßlau statt ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht; Fotos: Recherchenetzwerk Berlin

21.06.2019 / Muldestausee (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

25.06.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

25.06.2019 / Zerbst



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

27.06.2019 / Bitterfeld-Wolfen / Dresden

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, steht der Landtagsabgeordnete und Anhalt-Bitterfelder AfD-Kreischef Daniel Roi massiv in der Kritik. Demnach ist er im Jahr 2009 nachweislich bei einer neonazistischen Großdemo in Dresden mitmarschiert. Dies jedenfalls belegen Fotos von der Demo, die den AfD-Politiker in dritter Reihe hinter dem Banner der Neonazigruppierung „Freie Nationalisten aus Anhalt-Bitterfeld / Dessau-Aken“ zeigen, die damals vom Verfassungsschutz als gewaltbereit eingestuft wurde. Neben Roi ist auf dem Demofoto zudem die damalige NPD-Landesvorsitzende Carola Holz zu sehen. In einer Stellungnahme räumte Roi seine Teilnahme an dem Aufmarsch inzwischen ein und begründete dies damit, dass er vor zehn Jahren „Politik mit Schwerpunkt Extremismus studieren“ und sich ein eigenes Bild machen wollte.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 27. Juni 2019

29.06.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

02.07.2019 / Wittenberg (Kreistag)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, kam es bei der konstituierenden Sitzung des neuen Kreistages zum Eklat. Obwohl sich die Mehrheit der anwesenden Kreistagsmitglieder – laut Geschäftsordnung zulässig – dagegen aussprachen, dass der bekannte Rechtsextremist Swen Behrendt ([mehr dazu hier...](#)) die Sitzung filmt, weigerte er sich den Saal zu verlassen. Schließlich setzten herbeigerufene Polizeibeamte das Hausrecht durch und drängten den NPD-Mann aus dem Raum. Behrendt erstellt immer wieder Berichte und Videomitschnitte aus dem Stadtrat Dessau-Roßlau oder dem Kreistag Anhalt-Bitterfeld für das NPD-Presseorgan „Deutsche Stimme TV“ mit dem Ziel, Vertreter_innen demokratischer Parteien bloßzustellen oder verächtlich zu machen ([mehr dazu hier...](#)).

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 02. Juli 2019; eigener Bericht

04.07.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

04.07.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

08.07.2019 / Köthen (Amtsgericht)

Nach nur einem Monat ([mehr dazu hier...](#)) stehen zwei Brüder der bundesweit (auch) als rechtsextrem und rassistisch bekannten Familie R. erneut vor dem Amtsgericht. Die insgesamt



14 Anklagepunkte. Die Palette umfasste dabei mehrere Körperverletzungen und Alkoholfahrten zwei Bedrohungen, einem Diebstahl und das Zeigen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Zu letzterem Tatvorwurf sagten sogar zwei Polizeibeamte aus Baden-Württemberg aus die sich noch sehr genau darin erinnernd konnten, dass einer der Angeklagten im Rande einer rechten Demonstration im September 2018 ([mehr dazu hier...](#)) den Hitlergruß zeigte. Die Amtsrichterin Susanne Vogelsang verurteilte den jüngeren Bruder, der in Thor-Steinar-Kleidung erscheinen war, zu einer Haftstrafe von vier Jahren und ging dabei noch über das beantragte Strafmaß der Staatsanwaltschaft hinaus, die drei Jahre und drei Monate Haft gefordert hatte. Der ältere Bruder, der aktuell eine Haftstrafe absitzt, bekommt wegen erwiesener Körperverletzung ein Jahr und zwei Monate dazu. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 08. Juli 2019; eigener Bericht

08.07.2019 / Dessau-Roßlau (OT Waldensee)

Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 550 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

09.07.2019 / Dessau-Roßlau

An Geschäftsräumen im Fürst-Leopold-Carree werden mehrere Hakenkreuz-Graffiti festgestellt und noch am gleichen Tag entfernt. Die in gelber Farbe auf Schaufenster und einem Werbebanner aufgetragenen rechtsextremen Zeichen messen ca. 50 mal 50 cm. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen des Verwendens von Symbolen verfassungswidriger Organisationen.

Quelle: eigener Bericht

09.07.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

11.07.2019 / Dessau-Roßlau (OT Waldersee)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

13.07.2019 / Dessau-Roßlau (OT Ziebigk)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

15.07.2019 / Zahna-Elster (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

16.07.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

17.07.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Schaden in Höhe von 400 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

19.07.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

19.07.2019 / Dessau-Roßlau

Im Rahmen der bundesweiten NPD-Kampagne „Schafft Schutzzonen!“ wird auf dem Facebook-Profil des sachsen-anhaltinischen Landesverbands ein kurzes Video hochgeladen. In dem Beitrag sind Neonazis zu sehen, die am Bahnhof Roßlau, im Dessauer Stadtpark und an der Elbe in Roßlau eine Art Patrouille laufen und dabei rote Warnwesten tragen, auf denen das so genannte „Schutzzonen“-Logo der NPD aufgedruckt ist. In dem Clip wird zudem ein vom NPD-Kreisverband Wittenberg erstelltes Posting gezeigt, das auf ein „Fahndungsplakat“ der hiesigen Neonaziszene abstellt. Auf dem Plakat werden 2.000 Euro Belohnung für die Ergreifung von bislang unbekanntem und verummten Tätern auslobt, die am 19. Januar 2019 eine Gruppe Neonazis am Bahnhof Roßlau attackiert hatten ([mehr dazu hier...](#)). Die Polizei ermittelt wegen schwerer Körperverletzung. Rechte Gruppen machten daraus einen versuchten Mord und solidarisierten sich mit ihren Kameraden.

Die rechtsextreme und verfassungsfeindliche Partei nutzt diese Kampagne in Bürgerwehrmanier vor allem dazu, um rassistisch und fremdenfeindlich gegen Geflüchtete zu hetzen. Die Reichweite allerdings ist beschränkt, diese Selbstinszenierung wirkt nicht über die eigenen Social-Media-Kanäle hinaus.

Quelle: eigener Bericht

20.07.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

21.07.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

23.07.2019 / Gräfenhainichen (Ferropolis)

Auf dem diesjährigen Splash!-Festival in der Baggerstadt „Ferropolis“ soll es zu rassistischen Äußerungen und Diskriminierungen gekommen sein, berichtet die Mitteldeutsche Zeitung. Demnach sollen zwei Mitarbeiter eines Security-Subunternehmens einen Mitarbeiter eines anderen Sicherheitssubunternehmens wegen dessen Herkunft fremdenfeindlich angepöbelt haben. Einer der beiden soll dabei auch Kleidung der bei Rechtsextremen beliebten Modemarke „Thor Steinar“ getragen haben. Die Splash!-Veranstalter distanzieren sich umgehend von dem Vorfall. Der Festivalsprecher sagte zudem, dass die beschuldigte Person umgehend vom Dienst freigestellt und des Geländes verwiesen worden wäre. Der Polizei lag bislang keine Anzeige wegen einer mutmaßlich rechten Straftat vor, die Ermittlungen laufen weiter.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 23. Juli 2019

24.07.2019 / Jessen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

27.07.2019 / Coswig (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

29.07.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

29.07.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2847) vom 12. September 2019

30.07.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

30.07.2019 / Muldestausee (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

03.08.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, sind am Bahnhof Bitterfeld zwei Migranten von Fußballfans rassistisch beleidigt und attackiert worden. Demnach konnten sich die Geschädigten in einen bereitgestellten Zug retten, wohin ihnen die Angreifer aber folgten. Ob die Betroffenen körperlich angegangen worden, ist zurzeit noch unklar. Laut Bundespolizei fuhr der bereitgestellte Zug kurz darauf ab – dies könne schlimmeres verhindert haben. Die Fußballanhänger befanden sich auf dem Weg zum Drittliga-Derbyspiel des Halleschen FC gegen den Chemnitzer FC.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 05. August 2019

03.08.2019 / Bitterfeld-Wolfen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 223 StGB (Körperverletzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3123) vom 04. Dezember 2019

03.08.2019 / Dessau-Roßlau (OT Ziebigk)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

05.08.2019 / Köthen

Zur so genannten Montagdemonstration um Daueranmelder Bernhard T. haben sich auf dem Köthener Holzmarkt ca. 30 Teilnehmende versammelt, darunter bekannte Rechtsextremisten wie Ringo T. ([mehr dazu hier...](#)) und Ingobert W. ([mehr dazu hier...](#)) aus Dessau-Roßlau,

sowie weitere Personen aus dem Spektrum von Thügida, NPD und Republikanern. Als Redner trat u.a. der Leipziger Neonaziaktivist Alexander Kurth in Erscheinung.

Seit Jahren findet in der Bachstadt jeden Montag eine Demonstration statt, an der in der Regel nur eine Handvoll rechtsoffener Menschen aus der Szene der Verschwörungstheoretiker teilnehmen ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht, Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/ 3449) vom 28.02.2020

07.08.2019 / Südliches Anhalt (OT Großbadegast)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 500 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

10.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 300 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

11.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

13.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

13.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 30 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

13.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 200 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

13.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 200 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

14.08.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

14.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

14.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 300 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

16.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

16.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

17.08.2019 / Südliches Anhalt (OT Glauzig)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

17.08.2019 / Südliches Anhalt (OT Glauzig)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

17.08.2019 / Wittenberg (world wide web)

Nach GegenPart-Informationen haben Aktivisten der extrem rechten Gruppierung „Nationaler Aufbruch Wittenberg“ (NAW) auf ihrem Facebook-Profil ein Post veröffentlicht, der den verurteilten NS-Kriegsverbrecher Rudolf Hess glorifiziert. Zu sehen sind u. a. Transparente mit der Aufschrift „Rudolf Heß – Das war Mord“, die illegal an Straßenbrücken angebracht wurden. Außerdem wird ein offensichtlich graphisch bearbeitetes Gruppenfoto gepostet, auf dem verummte Neonaziaktivisten hinter einem Banner mit der Aufschrift „Mord verjährt nicht“ zu sehen sind. Alljährlich rund um den Todestag des Hitlerstellvertreters, der in der Szene als Märtyrerfigur verehrt wird, kommt es in der Region immer wieder zu solchen Propagandaaktionen mit Selbstinszenierungscharakter ([mehr dazu hier...](#)).

Der „Nationaler Aufbruch Wittenberg“ tritt indes immer wieder mit glorifizierenden Stellungnahmen zum historischen Nationalsozialismus in Erscheinung ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht



18.08.2019 / Kemberg (Landkreis Wittenberg)

Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 1000 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

19.08.2019 / Südliches Anhalt (OT Gröbzig)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

20.08.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)

Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/2947) vom 11. Oktober 2019

20.08.2019 / Sandersdorf-Brehna (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

24.08.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

26.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 250 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

29.08.2019 / Anhalt-Bitterfeld / Magdeburg (Landtag)

Die Regierungsfractionen von CDU, SPD und Grünen haben mit den Stimmen der Linksfraktion den Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Linksextremismus“, Daniel Roi (AfD), abberufen. Der Landtagsabgeordnete und Anhalt-Bitterfelder Kreischef war massiv in die Kritik geraten, weil er im Februar 2009 nachweislich an einer rechtsextremen Großdemo in Dresden teilnahm, an der sich 6.000 Neonazis aus ganz Europa beteiligten. Zwei Monate zuvor war ein Foto aufgetaucht, das den AfD-Politiker in Dresden hinter einem Banner der Neonazigruppierung „Freie Nationalisten aus Anhalt-Bitterfeld / Dessau-Aken“ zeigt, die damals vom Verfassungsschutz als gewaltbereit eingestuft wurde. Neben Roi ist auf dem Demofoto zudem die damalige NPD-Landesvorsitzende Carola Holz zu sehen ([mehr dazu hier...](#)).

Quellen: Mitteldutsche Zeitung vom 29. August 2019; eigener Bericht

29.08.2019 / Dessau-Roßlau



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §111 StGB (Üble Nachrede) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

29.08.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

29.08.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

30.08.2019 / Kemberg (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

02.09.2019 / Dessau-Roßlau (Siedlung)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

02.09.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

02.09.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 241 StGB (Bedrohung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

03.09.2019 / Coswig (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 185 StGB (Beleidigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

03.09.2019 / Dessau-Roßlau (OT Alten)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

03.09.2019 / Köthen

Wie aus einem Bericht der Mitteldeutschen Zeitung hervorgeht, sind die Ermittlungen zu zahlreichen rechtsextremen Delikten, aus dem September 2018 fast abgeschlossen. Diese

wurden im Rahmen von „Trauermärschen“ und Demonstrationen anlässlich des Todes von Markus B. ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)) begangen.

Der herzkrankte Markus B. war am 8. September 2018 von zwei Geflüchteten Jugendlichen zusammengeschlagen worden und in Folge dessen an einem Herzinfarkt verstorben. Dies nahmen neonazistische Gruppen – unter anderem die Thügida-Bewegung um den ehemaligen NPD-Funktionär David Köckert ([mehr dazu hier...](#)) – zum Anlass, sich am Tag darauf in Köthen zu zahlreichen Aufmärschen zu versammeln. Insgesamt wurden in 70 Fällen Ermittlungen gegen 61 Teilnehmer_innen der Nazi-Demonstrationen, unter anderem wegen Beleidigung, Körperverletzung, Volksverhetzung, Bedrohung, Sachbeschädigung oder Verstößen gegen das Waffengesetz, eingeleitet. Außerdem trat hier die extrem rechte Wolfsbrigade 44 öffentlich in Erscheinung ([mehr dazu hier...](#)).



32 der Verfahren seien nun nach Angaben der Staatsanwaltschaft Dessau eingestellt worden, während in 24 Fällen Anklage erhoben oder ein Strafbefehl erlassen wurde. Auch gegen David Köckert wurde im Zusammenhang mit den Ereignissen am 9. September 2018 ermittelt, wobei sein Fall - wegen bereits laufender anderer Ermittlungen - von der Staatsanwaltschaft Gera übernommen wurde. Köckert wurde im Mai 2019 bereits verurteilt ([mehr dazu hier...](#)).



Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 3. September 2019, eigener Bericht; Fotos: Presseservice Rathenow

03.09.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

05.09.2019 / Dessau-Roßlau (Dessau Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

05.09.2019 / Dessau-Roßlau (Dessau Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

05.09.2019 / Dessau-Roßlau

Die Mitteldeutsche Zeitung berichtet, dass in Dessau in der Nacht zum 5. September Symbole verfassungswidriger Organisationen von bisher unbekanntem Täter_innen an ein Auto und zwei Häuser gesprüht wurden. Zudem schrieben sie die Buchstaben „TOT“ neben die Symbole. Das Sachgebiet Staatsschutz des Revierkriminaldienstes Dessau ermittelt.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 11. September 2019

05.09.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 200 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

05.09.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 200 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

07.09.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

07.09.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

09.09.2019 / Dessau-Roßlau (Dessau Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 500 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

09.09.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

10.09.2019 / Osternienburger Land (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

11.09.2019 / Raguhn-Jeßnitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 2000 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

12.09.2019 / Dessau-Roßlau



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

12.09.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Süd)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

13.09.2019 / Dessau-Roßlau (OT Törten)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

14.09.2019 / Dessau-Roßlau



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

16.09.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

16.09.2019 / Zerbst

Aus einem Bericht der Mitteldeutschen Zeitung geht hervor, dass im Zerbster Breitestein am Freitag den 13. September gegen 21.00 Uhr ein 28-jähriger Deutscher seine Nachbarn bulgarischer Herkunft mit einer Bierflasche beworfen hat. Er zielte auf ihren Balkon. Von den Glassplittern wurden eine Anwohnerin und ein fünfjähriges Kind leicht verletzt. Außerdem wurde eine Passantin im Zuge des Vorfalls von einer weiteren Bierflasche getroffen und ein Auto beschädigt. Bereits eingeleitete Ermittlungen sind zum Zeitpunkt des Berichts noch nicht abgeschlossen.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 16. September 2019

19.09.2019 / Coswig (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

19.09.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

19.09.2019 / Sandersdorf-Brehna (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

20.09.2019 / Dessau-Roßlau

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtet, ist am Dessauer Hauptbahnhof ein 17-jähriger vom Sicherheitspersonal der Bahn erwischt worden, während er einen Treppenaufgang des Bahnhofsgebäudes mit einem Hakenkreuz beschmierte. Er wurde der Polizei übergeben. Der Jugendliche wird nun wegen Verwendung von Kennzeichnung verfassungswidriger Organisationen sowie Sachbeschädigung angeklagt.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 20. September 2019

21.09.2019 / Coswig (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

24.09.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

24.09.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3122) vom 04. Dezember 2019

25.09.2019 / Raguhn-Jeßnitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

27.09.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

27.09.2019 / Köthen / Dessau (Landgericht)

Aus einem Bericht der Mitteldeutschen Zeitung geht hervor, dass im Landgericht Dessau am Freitag die Berufungsverhandlung im Fall der aus Stern-TV bekannten Familie R. begonnen hat. Die drei angeklagten Familienangehörigen waren vom Amtsgericht Köthen bereits im Juni wegen Diebstahls, gemeinschaftlich begangenen Raubes sowie gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt worden, weil sie im Oktober und November 2018 auf einen Obdachlosen losgegangen waren ([mehr dazu hier...](#)). Das härteste Urteil belief sich auf zwei Jahre Haft für einen der Brüder, wobei die Richterin des Landgerichts dieses als sehr moderat bewertet. Allerdings verliefen die Verhandlungen in Dessau bis jetzt schleppend, weil die Erinnerung der Zeugen an den Vorfall vor einem Jahr getrübt ist.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 27. September 2019

30.09.2019 / Wittenberg

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtet fand in Wittenberg am 29.09. zum zweiten Mal eine Kundgebung mit anschließendem „Gedenkmarsch“ unter dem Motto „Gerechtigkeit für Markus Hempel“ ([mehr dazu hier...](#)) statt, zu der die AfD Landesfraktion aufgerufen hatte. Etwa 250 Menschen waren anwesend. Anlass war der zweijährige Todestag des Wittenbergers, der infolge einer Auseinandersetzung mit einem syrischen Flüchtling zu Tode kam. Der gerichtliche Prozess, der den Fall klären sollte, hatte sich zuvor verzögert, was bei der AfD für Empörung sorgte.



Auch der flüchtlingsfeindliche und AfD-nahe Verein Zukunft Heimat ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)) warb für die Veranstaltung. Bei der Veranstaltung vor einem Jahr war es zu zahlreichen extrem rechten Straftaten gekommen.



Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 30. September 2019; eigener Bericht; Fotos: Presseservice Rathenow

30.09.2019 / Wittenberg (OT Apollensdorf)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

02.10.2019 / Coswig (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

05.10.2019 / Köthen (Kreistag)

Auf dem Facebook-Profil des rechtsextremen NPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt wird ein Video aus dem Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld veröffentlicht. Zu sehen und zu hören ist das NPD-Kreistagsmitglied Andreas Köhler in seiner holprigen Abschiedsrede, die am Rande für Gelächter sorgt. Dem Vertreter der neonazistischen Partei war es nicht gelungen, im Rahmen der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 erneut in den Kreistag einzuziehen ([mehr dazu hier...](#)). Köhler nahm in den letzten Jahren regelmäßig an von militanten Neonazikameradschaften organisierten Demonstrationen in der Region teil ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)). Der bekannte NPD-Aktivist Swen Behrendt filmte diese Inszenierung. Er ist dafür bekannt, immer wieder u.a. Kreistagssitzungen in Anhalt-Bitterfeld oder Sitzungen im Stadtrat Dessau-Roßlau videographisch zu dokumentieren, die dann auf NPD-Kanälen mit dem Ziel veröffentlicht werden, Vertreter_innen demokratischer Parteien bloßzustellen oder verächtlich zu machen ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

07.10.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Mitte)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

10.10.2019 / Coswig (Landkreis Wittenberg)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtete, ist die Attacke auf einen Politiker der Satire-Partei „Die PARTEI“ mutmaßlich politisch motiviert. Die PARTEI protestiert immer wieder am Rande von Neonaziaufmärschen mit kreativen Aktionen. Weil sie eine Fantasieuniform der „Die PARTEI“-trugen, sind zwei Männer aus einer Gruppe heraus gezielt angegriffen worden, als sie gerade Utensilien ins Auto luden. Die Angreifer sollen dabei sinngemäß geäußert haben, es den „Partei-Spinnern“ mal so richtig zu zeigen. Ein 39-jähriger Geschädigter erlitt einen Nasenbeinbruch und musste stationär im Krankenhaus behandelt werden. Zudem soll der mutmaßliche Täter auf sein Opfer eingetreten haben, als es bereits am Boden lag. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

Quellen: Mitteldeutsche Zeitung vom 10. und 16. Oktober 2019

10.10.2019 / Dessau-Roßlau

Nach dem antisemitischen Terroranschlag in Halle ([mehr dazu hier...](#)) übt die Jüdische Gemeinde zu Dessau Kritik an der Landesregierung in Magdeburg. Laut Mitteldeutscher Zeitung habe das zuständige Innenministerium trotz antisemitischer Drohbriefe und Einbrüchen die Bitte um Finanzierung von Sicherheitsmaßnahmen schon vor geraumer Zeit abgelehnt. Die letzten Hassbriefe - insgesamt fünf mit allgemeinen Drohungen (zum Beispiel „Deutschland mach dich frei von der Judentyranei“), mit Forderungen nach Lösegeldzahlungen, um eine Veröffentlichung aller Namen der Mitglieder der Gemeinde zu verhindern, und mit verbal-persönlichen Attacken gegen Alexander Wassermann und der Ankündigung „Du bist der nächste“ - sind erst wenige Monate alt. Der Vorsitzende der Gemeinde, Dr. Alexander Wassermann, spricht in dem MZ-Bericht von „Angst und Beklemmungen“.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 10. Oktober 2019

11.10.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

11.10.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

11.10.2019 / Wittenberg

Auf einen muslimischen Gebetsraum in der Wittenberger Florian-Geyer-Straße wurde ein Anschlag verübt, das berichtete die Mitteldeutsche Zeitung. Demnach hätten bislang unbekannte Täter einen Stein durch die Scheibe des Objekts geworfen. Zur Tatzeit befanden sich sechs Personen in der Einrichtung, die jedoch zum Glück unverletzt blieben. Der polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlung aufgenommen und in der Folge einen Zeugenaufruf veröffentlicht. Überdies wurden die polizeilichen Sicherungsmaßnahmen rund um den Gebetsraum verschärft.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 12. Oktober 2019

11.10.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §304 StGB (Gemeinschaftliche Sachbeschädigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 350 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

12.10.2019 / Dessau-Roßlau



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §130 StGB (Volksverhetzung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

12.10.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

13.10.2019 / Landkreis Wittenberg (world wide web)

Die Facebook-Seite der militanten Gruppierung „Nationale Sozialisten – Landkreis Wittenberg“ geht online. Es ist zu vermuten, dass es sich dabei um die Nachfolgepräsenz vom "Nationalen Aufbruch Wittenberg" handelt ([mehr dazu hier...](#)).

Quelle: eigener Bericht

14.10.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

14.10.2019 / Jessen (Landkreis Wittenberg)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

16.10.2019 / Bad Schmiedeberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

19.10.2019 / Dessau-Roßlau / Döcklitz

Nach Informationen der Mitteldeutschen Zeitung haben Polizei und Ordnungskräfte ein Rechtsrock-Konzert u.a. mit der Band Kategorie C verhindert. Die Veranstaltung war ursprünglich für den Großraum Dessau-Roßlau angekündigt, wurde aber durch eine Verbotserfügung der Ordnungsbehörden untersagt. Auch im daraufhin gefundenen Ausweichort Döcklitz im Saalekreis mussten die rund 50 Teilnehmenden gegen 22.15 Uhr unverrichteter Dinge den Ort verlassen. Die Polizei hatte den Ort kurzzeitig abgeriegelt und das dortige Ordnungsamt ebenfalls eine Verbotserfügung erlassen.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 21. Oktober 2019

20.10.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

20.10.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

21.10.2019 / Köthen

Auf dem Köthener Holzmarkt findet erneut eine so genannte „Montagsdemo“ mit ca. 15 Teilnehmenden statt. Seit Jahren treffen sich bei dieser Manifestation rund um den Daueranmelder Bernhard T. rechtsextreme und rechtsoffene Verschwörungstheoretiker aus dem Umfeld der NPD und neonazistischer Kameradschaften, um ihre krude Weltsicht zu zelebrieren. Im Zuge der rechten Instrumentalisierung der Todesfalls Markus B. erlebte die „Montagsdemo“ in 2018 kurzzeitig eine quantitative Aufwertung ([mehr dazu hier...](#)), die jedoch nicht einmal zwei Wochen anhielt.

Quelle: eigener Bericht

21.10.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3146) vom 11. Dezember 2019

23.10.2019 / Dessau-Roßlau (OT Alten)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

25.10.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

27.10.2019 / Wittenberg (OT Kerzendorf)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

30.10.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 20 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

30.10.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

31.10.2019 / Zörbig (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

04.11.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 700 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

04.11.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine weitere Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 500 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

06.11.2019 / Wittenberg (OT Apollensdorf)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

06.11.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Wolfen)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 1000 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

07.11.2019 / Dessau (Landgericht)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtet, sind die Verhandlungen zum Fall des 41-Jährigen Neonazis Michael S. am Mittwoch in Berufung gegangen. Der mehrfach vorbestrafte Angeklagte hatte eine Reisetasche mit mehreren Waffen - darunter eine abgesägte Schrotflinte mit 15 Schuss Munition - in einem Regionalzug vergessen, als er in Köthen ausstieg. Vom Amtsgericht Köthen war er zuvor zu zehn Monaten Haft verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft forderte im Landgericht Dessau – zur Abschreckung und mit Verweis auf den Anschlag in Halle – anderthalb Jahre Haft. Das Urteil, das das Gericht schließlich fällte, lautet ein Jahr und zwei Monate Gefängnis.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 7. November 2019

12.11.2019 / Dessau-Roßlau (Innenstadt Nord)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 20 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

12.11.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3367) vom 19. Februar 2020

17.11.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)

Nach Informationen der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Anhalt kam es am Volkstrauertag zur leider gewohnten Instrumentalisierung durch extrem rechte Akteure. Auf dem Bitterfelder Friedhof in der Friedensstraße wurde ein Kranz mit der Aufschrift "Treue um Treue" und "Ewig bleibt der Toten Tatenruhm" niedergelegt.



Durch sogenannte "Heldengedenken" versuchen Neonazis immer wieder an zentralen Gedenk- und Erinnerungstagen öffentlich ausschließlich der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu gedenken, die Ihnen genehm erscheinen, also den "Deutschen Opfern beider Weltkriege". Das Andenken an die Verfolgten des Nationalsozialismus und an die Opfer der deutschen Angriffskriege, versuchen Neonazis mit solchen Aktionen regelmäßig verächtlich zu machen und zu schmähen ([mehr dazu hier...](#)). Dabei kommt es immer wieder zu NS-Verherrlichung, Holocaustleugnung und Geschichtsrevisionismus.

Quelle/ Foto: eigener Bericht

17.11.2019 / Wittenberg

Nach Informationen, die Projekt Gegenpart vorliegen, haben die NPD und ihre Jugendorganisation - die JN - am 17. November im Rahmen des Volkstrauertages an verschiedenen Kriegsdenkmälern im Landkreis Wittenberg geschichtsrevisionistische „Heldengedenken“ und „Mahnwachen“ durchgeführt. Ähnliche Veranstaltungen, die die Denkmäler für rechte Zwecke vereinnahmen wollen, finden jedes Jahr statt ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)). Die Veranstalter_innen bemühten das Pathos der Heldenverehrung und glorifizierten die deutschen Soldaten der Weltkriege. Dabei knüpften sie - mit Formulierungen wie „ruhmreichen Taten unserer Ahnen“ und „wir vergessen unsere Toten nicht“ - an das nationalsozialistische Narrativ einer deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft an. Auch die NS-Ghc-Crew ([mehr dazu hier...](#)) aus dem militanten Kameradschaftsspektrum war am „Heldengedenken“ beteiligt.

Quelle: eigener Bericht

21.11.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

21.11.2019 / Köthen

Aus einer kleinen Anfrage der Abgeordneten Martina Renner (Die Linke) u.a. an die Bundesregierung geht hervor, dass ein Mitglied der extrem rechten Gruppe Wolfsbrigade 44 (auch Sturmbrigade 44) ([mehr dazu hier...](#)) ([und hier...](#)) vom Generalbundesanwalt als rechtsextremer Gefährder eingestuft wird. Das bedeutet, dass davon auszugehen ist, dass er schwerwiegende Gewalttaten verüben könnte. Gegen ihn und fünf Andere wird wegen dem Verdacht auf Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (Wolfsbrigade 44) ermittelt.

Des Weiteren geht aus der Anfrage hervor, dass die Wolfsbrigade 44 in den letzten zwei Jahren bereits sechsmal Thema im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorabwehrzentrum zur Bekämpfung des Rechtsextremismus (GETZ) beim Bundeskriminalamt (BKA) gewesen

ist. Die Organisation war 2018 bei den von AfD und anderen extrem Rechten Gruppierungen durchgeführten „Trauermärschen“ anlässlich des Todes von Markus B. [\(mehr dazu hier...\)](#) in Köthen in Erscheinung getreten.



Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 21. November 2019; Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage (KA19/13012) vom 24. September 2019; Fotos: Presseservice Rathenow

25.11.2019 / Bitterfeld-Wolfen (OT Bitterfeld)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

25.11.2019 / Wittenberg (Amtsgericht)

Aus einem Bericht der Mitteldeutschen Zeitung geht hervor, dass im Fall eines Neonazis, der im Jahr 2017 eine Schaustellerfamilie bedroht und tätlich angegriffen hat, nun ein Urteil gefällt wurde. Die Familie hatte sich damals erfolgreich zu Wehr setzen können, sodass nur der Angeklagte selbst Verletzungen davon trug. Aus diesem Grund einigte sich der bereits wegen Gewaltdelikten und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Vorbestrafte mit der Staatsanwältin darauf, auf die Bewährung in einem anderen Verfahren zu verzichten. Er geht in anderthalbjährige Haft.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 25. November 2019

29.11.2019 / Wittenberg (OT Dobien)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

03.12.2019 / Dessau-Roßlau (Landgericht)

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtet, ist das Urteil im Fall der Angehörigen der aus Stern-TV bekannten Familie Ritter vorerst gesprochen. Zwei Männer der Familie und ihre Nichte haben 2018 mutmaßlich einen Wohnungslosen verprügelt und bestohlen ([mehr dazu hier...](#)). Im Fall der Männer bleibt das Urteil des Amtsgerichts Köthen unverändert bestehen. Es beläuft sich auf ein Jahr und zehn Monate sowie zwei Jahre jeweils ohne Bewährung. Nur für die Nichte konnte eine Strafminderung erwirkt werden: Sie muss nur sieben statt zehn Monate in Haft.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 3. Dezember 2019

03.12.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §304 StGB (Gemeinschaftliche Sachbeschädigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 100 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

04.12.2019 / Aken

Aus einem Bericht der Mitteldeutschen Zeitung vom 07.12.2019 geht hervor, dass eine unbekannte Frau am vergangenen Mittwoch die zehnjährige Tochter des Stadtratspräsidenten vom Fahrrad geschubst hat. Sie beschimpfte das Mädchen, wobei sie Bezug auf dessen Vater nahm und ließ sie verletzt zurück. Kiel, hatte mit seiner Fraktion Frei und Fair für Aken bei den Kommunalwahlen im Mai die meisten Stimmen geholt.

Anfeindungen gegen Kinder politisch engagierter Akener_innen kommen – nach Informationen der MZ - in letzter Zeit häufiger vor und mehrere Stimmen beklagen eine besorgniserregende Verrohung des Klimas in der Stadt.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 7. Dezember 2019

05.12.2019 / Köthen



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

05.12.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 20 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

07.12.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

08.12.2019 / Dessau-Roßlau (OT Roßlau)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph §303 StGB (Sachbeschädigung) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

09.12.2019 / Wittenberg (OT Reinsdorf)



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

11.12.2019 / Anhalt-Bitterfeld

Wie Sachsen-Anhalt Rechtsaussen und die Mitteldeutsche Zeitung berichten, steht der CDU-Funktionär Robert Möritz unter dem dringenden Verdacht, neonazistisches Gedankengut zu hegen oder doch zumindest früher Teil der Neonazi-Szene gewesen zu sein. Möritz gehört zum Vorstand des CDU-Kreisverbandes von Anhalt-Bitterfeld und ist Teil des Konservativen Kreises der Sachsen-Anhalter CDU.

Erste Zweifel an seiner Gesinnung kamen auf, als er auf seinem Facebook-Profil ein Foto vom 6. Dezember postete, auf dem er zusammen mit einer weiteren Person sowie einer großen Fahne des Vereins Uniter zu sehen ist. Uniter wurde von aktiven und ehemaligen Mitarbeitenden von Sicherheitsdiensten in Halle gegründet und gilt als sehr umstritten. So administrierte Uniter-Gründungsmitglied André S. ein kürzlich aufgeflogenes Netzwerk von Chat-Gruppen (gegliedert in „Nord“, „Süd“, „Ost“ und „West“), in denen sich neonazistische Polizeibeamt_innen, Sicherheitspersonal, und Soldat_innen auf einen „Tag X“ vorbereiteten und teilweise Feindeslisten anlegten. Besonders die Gruppe „Nord“ (oder „Nordkreuz“) hatte relativ konkrete Pläne für politische Mordanschläge und der unter Rechtsterrorismusverdacht stehende Bundeswehrsoldat Franco A. soll ebenfalls in diesem Umfeld agiert haben. Außerdem wurde von Kampftrainings berichtet, die Uniter für seine Mitglieder veranstaltet haben soll.

Ältere Beiträge zeugen noch unmissverständlicher davon, dass Möritz zumindest früher mit der extrem rechten Szene kokettierte: So löschte er erst jetzt - und auf Grund der Vorwürfe gegen ihn - Facebook-Posts aus dem Jahr 2015, in denen der CDU-Funktionär Beiträge der Rechtsrock-Band Barricades teilte und für sie warb. Außerdem gibt es Fotos, die ihn mit einer tätowierten „schwarzen Sonne“ zeigen, einem mit der SS assoziierten Symbol, welches nach dem Bericht von Sachsen-Anhalt Rechtsaussen wohl nicht sein einziges extrem rechtes Tattoo ist.

Nun ist ein Video aufgetaucht, das den CDU-Funktionär 2011 auf einer Neonazi-Demonstration als Ordner zeigt. CDU-Kreischef Matthias Egert sieht angesichts der Sachlage noch keinen Grund, an der Person Möritz zu zweifeln. Dieser habe zu Zeiten des Naziaufmarschs bei einem Sicherheitsdienst gearbeitet und sei einzig aus Berufsgründen bei der Demo anwesend gewesen.

Quelle: Sachsen-Anhalt Rechtsaussen; Mitteldeutsche Zeitung vom 11. Dezember 2019

14.12.2019 / Dessau-Roßlau

Nach Informationen, die Projekt Gegenpart vorliegen, marschierte eine sich aus dem extrem rechten Spektrum rekrutierende, selbsternannte „nationalrevolutionäre Streife“ beim VorOrt-Haus in Dessau auf. Anlass für die Versammlung neonazistischer Akteur_innen war ein Konzert im studentischen Kulturzentrum. Die extrem rechte Kleinstpartei „Der III. Weg“ lobte die Aktion der Nazis und konstatierte, dass Dessau „nicht zu einer linksextremen Wohlfühlzone verkommen [dürfe], in der sich Deutsche nicht mehr gefahrlos bewegen können“. Damit stilisieren die extremen Rechten sich und die als homogen imaginierten „Deutschen“ zu Opfern einer vermeintlichen linken Bedrohung. Angesichts der Zunahme von Angstzonen ([mehr dazu hier...](#)), in denen die gewaltvolle Präsenz von Nazis den öffentlichen Raum so dominiert, dass Menschen mit Migrationshintergrund, Jüd_innen, alternativ und links aussehende Jugendliche u.a. sich nicht mehr sicher fühlen, ist diese Argumentation eine zynische Verkehrung der Wirklichkeit.

Quelle: eigener Bericht

15.12.2019 / Wittenberg



Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage an die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ geht hervor, dass eine Anzeige wegen Paragraph 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) bei der Polizei erstattet worden ist. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 50 Euro.

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 7/3432) vom 28. Februar 2020

15.12.2019 / Wittenberg

Nach Informationen, die dem Projekt Gegenpart vorliegen, fand die Jahreshauptversammlung des NPD-Kreisverbandes Wittenberg ([mehr dazu hier...](#)) statt. Die NPD ließ verlauten, man wolle im nächsten Jahr „stärker auf kommunaler Ebene auftreten und neue Mitglieder gewinnen“.

Quelle: eigener Bericht

17.12.2019 / Jüdenberg / Gräfenhainichen

Nach Informationen, die dem Projekt Gegenpart vorliegen, wurde auf einem Gelände in Jüdenberg bei Gräfenhainichen ein Transparent gegen eine Mülldeponie, die dort entstehen soll, angebracht. Auf dem Plakat ist ein gemalter Mülltransporter, der seine Ladung abwirft, zu sehen sowie der in Frakturschrift geschriebene Slogan „Müllimport nein Danke“. Es besteht Grund zu der Annahme, dass das Plakat von Akteur_innen aus rechten Kontexten installiert wurde, bei denen Umweltschutz vor allem „Heimatschutz“ mit völkisch-nationalistischem Bezug auf einen imaginierten „deutschen Boden“ bedeutet.

Quelle: eigener Bericht

20.12.2019 / Anhalt-Bitterfeld

Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtet, ist der CDU-Funktionär mit neonazistischer Vergangenheit und Nazi-Tattoo Robert Möritz aus der Partei ausgetreten. Anfang des Monats war Möritz, der dem Konservativen Kreis der CDU in Anhalt-Bitterfeld angehört, in die Kritik geraten, weil er Mitglied im umstrittenen Uniter Verein war und ein Video von ihm als Ordner auf Neonazi-Aufmärschen auftauchte ([mehr dazu hier...](#)). Unter dem wachsenden Druck seitens der Koalitionspartner SPD und Grünen sowie der Landes-CDU war Möritz am 19.12. ein Ultimatum gestellt worden: Er solle seine Kontakte in die neonazistische Szene schriftlich und lückenlos darlegen und eingehend befragt werden. Ein drohendes Parteiausschlussverfahren wurde zu diesem Zeitpunkt durchaus erwogen. Nun ist Möritz diesem Ultimatum mit seinem freiwilligen Parteiaustritt zugekommen. Er wolle weiteren Schaden von der Partei abwenden und politische Diskussionen befrieden. Allerdings berichtet die MZ, dass der Austritt Möritz wohl auch parteiintern angeraten wurde, um weiteren Schaden von dem Image der CDU abzuhalten und das schwierige und langwierige Prozedere eines Parteiausschlusses zu vermeiden.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 19. und 20. Dezember

20.12.2019 / Dessau (Landgericht)

Wie aus einem Artikel der Mitteldeutschen Zeitung hervorgeht, ist das Urteil gegen den Reichsbürger Peter Fitzek im Dessauer Landgericht gefällt worden. Der selbsternannte Monarch des fiktiven „Königreichs Deutschland“ ([mehr dazu hier...](#)) war wegen Fahren ohne gültige Fahrerlaubnis (nur mit selbst ausgestelltem Fantasieführerschein) in 27 Fällen und Beleidigung in zwei Fällen zunächst zu zwei Jahren und acht Monaten verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung hat sich das Strafmaß nun auf drei Jahre und sechs Monate erhöht, wogegen der Angeklagte in Revision gehen will.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 20. Dezember 2019